

Liebe Genossinnen und Genossen,

19 Jahre CDU-Herrschaft in Sachsen-Anhalt sind wirklich mehr als genug. Seit Jahren trägt unser Land in vielen zentralen Bereichen die rote Laterne. In bundesweiten Vergleichen belegen wir meist nur die hinteren Plätze. Das ist so bei der wirtschaftlichen Entwicklung, das ist so bei den Krankenhausinvestitionen und bei der Finanzierung unserer Kommunen, das ist so bei der Personalausstattung der Schulen, der Polizei und in der gesamten öffentlichen Verwaltung, das ist so bei den Personalschlüsseln in den Kindertageseinrichtungen oder auch beim Ausbau der Hochschulen und der digitalen Infrastruktur.

Über fast zwei Jahrzehnte wurde das Land von CDU und SPD systematisch kaputtgespart. Und auch mit der Beteiligung der Grünen hat die Kenia-Koalition daran nur wenig geändert. Wenn überhaupt etwas entschieden wurde, dann war es zu spät, halbherzig oder nur für das Schaufenster. Die meiste Zeit war die Koalition damit beschäftigt, den Mangel zu verwalten und sich im endlosen Streit um ihre inneren Konflikte zu verkämpfen und zu blockieren.

In den letzten fünf Jahren hing der Fortbestand dieser Koalition immer wieder am seidenen Faden. Aus purem Machterhalt wurden die tiefen Gräben jedoch immer wieder überbrückt, ohne Rücksicht auf die Lösung von Problemen und ohne Rücksicht auf das Land, seine Leute und seinen Ruf. Die gescheiterte Wahl eines Datenschutzbeauftragten und die gescheiterte Ratifizierung des Staatsvertrages zum Rundfunkbeitrag sind da nur zwei der prominenteren Beispiele.

Die CDU hat das Modell „Kenia“ in Magdeburg verschlissen – inhaltlich und moralisch. Von dem ursprünglichen Zweck dieser Zwangsheirat, dem Bollwerk gegen Rechts, sind nur noch Ruinen geblieben. Der Ministerpräsident hält zwar noch die Fahne hoch, doch größere Teile seiner CDU-Truppe haben sich von Beginn an deutlich nach Rechtsaußen orientiert. Dadurch wurde die parlamentarische Arbeit immer wieder überschattet, wertvolle Arbeitszeit und Lebenszeit vergeudet und letztlich von den tatsächlichen Sorgen und Problemen der Menschen im Land abgelenkt.

Niemand kann ernsthaft wollen, dass dieser Torso von Landesregierung das Land weiterhin seiner Möglichkeiten beraubt und wir immer wieder als Aschenputtel dastehen. Die Menschen im Land wollen und können stolz sein auf das, was hier vorhanden und möglich ist. Deshalb braucht das Land eine neue Regierung ohne die CDU und eine echte Wende in der Politik.

Eine Wende weg von der austeritären Kürzungspolitik eines Finanzministers Richter, der schon heute seine Folterinstrumente für die kommenden Landeshaushalte zeigt.

Eine Wende weg von den unendlichen Skandalen im Bereich der Polizei und der inneren Sicherheit unter einem Innenminister Stahlknecht, die auch Doppelminister Richter weder in den Griff bekommt noch wirklich aufarbeiten will.

Eine Wende weg vom Komplettversagen des Bildungsministers Tullner beim Kampf gegen den Lehrkräftemangel und bei der Schaffung einer verlässlichen Basis für die Schulsozialarbeit.

Eine Wende weg von der Lobbypolitik für Auto und Straße, von der schleppenden Sanierung von Brücken und der weiteren Ausdünnung des Schienennetzes von Verkehrsminister Webel.

Eine Wende weg von den Versäumnissen im Strafvollzug und der faktischen Aufgabe in der Gleichstellungspolitik von Justiz- und Gleichstellungsministerin Keding.

Und vor allem eine Wende weg von einem Ministerpräsidenten, der gern viel redet, aber wenig sagt und vor allem nicht führt und nicht regiert.

Ich will aber auch nicht verschweigen, dass sich unsere Begeisterung über die Leistungen im Sozialministerium, im Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium und auch im Umwelt-, Landwirtschafts- und Energieministerium oftmals auch in sehr engen Grenzen gehalten hat. In vielen Landtagsdebatten und in vielen unserer Anträge kam auch hier unser Unmut über fehlende Aktivitäten und mangelndes Problembewusstsein, über halbgare Lösungen und oft monate- oder sogar jahrelange Verzögerungen immer wieder zum Ausdruck. Wenn wir SPD und Grüne aus den Fesseln der CDU befreien können, dann wird auch in diesen Bereichen vieles nicht so weitergehen können, wie in den letzten fünf Jahren.

Auf diese Wende und eine bessere Politik für unser Land haben alle Abgeordneten der Fraktion in der 7. Wahlperiode konsequent hingearbeitet. Mit viel Fleiß und Engagement und mit viel Sachkompetenz und kreativen Ideen. Mit dieser Zielstellung hat die Fraktion umfassende Zuarbeiten zum Entwurf des Wahlprogramms geleistet. Und dafür wollen wir jetzt auch alle mit Kraft und Schwung in den Wahlkampf gehen.

Wir wollen die Menschen im Land wieder mehr für unsere Themen interessieren und von unseren politischen Angeboten überzeugen. Für sie spielt der Gebrauchswert, den sie sich von uns und einer von uns geführten Regierung versprechen, die entscheidende Rolle. Die Menschen wollen weniger Streit um Prinzipien und schon gar nicht um Personen. Sie wollen umsetzbare, verständliche und pragmatische Antworten auf die Herausforderungen in ihrem Alltag. Und vor allem wollen sie, dass nicht immer nur versprochen und dann jahrelang alles verschleppt wird, sondern dass endlich jemand anpackt und entschlossen handelt.

Das haben wir in der Fraktion konsequent getan. Wir haben in unseren drei Arbeitskreisen in großer Kollegialität und mit hervorragender Unterstützung durch unsere Referent\*innen so viele konkrete Ideen entwickelt, dass wir mehr als eine Legislatur an der Umsetzung arbeiten können. In der 7. Wahlperiode haben wir ganze Landtags- und Ausschusssitzungen mit unseren Themen bestimmt - mit Gesetzentwürfen, Anträgen und Aktuellen Debatten.

Und natürlich haben wir uns in den letzten Monaten in jeder Sitzung und in jeder Sondersitzung mit Aktuellen Debatten und konkreten Anträgen zur Corona-Krise zu Wort gemeldet. Wiederholt haben wir die Beteiligung des Landtages an den Eindämmungsverordnungen und die Einbeziehung des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Sachverständigen in einem Pandemierat gefordert. Vor allem aber haben wir immer wieder mehr finanzielle Hilfe für die von Beschäftigungsverboten und von Kurzarbeit betroffenen Menschen gefordert. Und wir haben schon vor einem Jahr die Diskussion darüber eröffnet, dass die Geldbesitzer die Kosten der Krise tragen müssen und nicht immer wieder ins Portemonnaie der kleinen Leute und in die öffentlichen Kassen gegriffen wird.

Ein wahres Feuerwerk linker Themen fand noch einmal vor einer Woche statt. Nicht weniger als 19 unserer Initiativen aus allen Politikbereichen standen da auf der Tagesordnung des Landtags. Dabei ging es uns um den Kampf gegen Kinderarmut besonders jetzt in der Pandemie und die Gefahr der weiteren sozialen Spaltung durch den extremen Lehrermangel an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. Wie so oft in dieser Legislatur stand erneut die Sicherung und Neuausrichtung unserer Krankenhauslandschaft auf der Tagesordnung.

Wir haben Druck auf die unverzügliche Durchsetzung der bereits beschlossenen Auskofferung der Giftschlammgrube in Brüchau und auf eine klare Absage an ein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt gemacht. Wir haben ein Moratorium gegen den weiteren Ausbau des Flughafens in Schkeuditz und die Aufnahme einer Klimabilanz in alle künftigen Gesetzesvorhaben gefordert.

Und last but not least konnten wir die Koalition für den Erhalt des Freiwilligen Sozialen Jahres als ESF-Projekt gewinnen und zur Planung einer Landesausstellung zum 500. Jahrestag des Bauernkrieges bewegen.

Dies und vieles mehr sind Themen, mit denen wir im Wahlkampf wuchern können, die für die Menschen und die Zukunft des Landes von Bedeutung sind und die von den Kenianern schlicht ignoriert werden. Wir wollen dieser Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners nicht mehr länger alles hinterhertragen, damit sich überhaupt etwas bewegt. Wir wollen die Geschicke des Landes selbst in die Hand nehmen, wir wollen es anders und besser machen.

Das Knowhow der Fraktion und unser Wille zum Gestalten finden sich auch in dem Dringlichkeitsantrag „Besser geht anders!“ gut zusammengefasst. Auch hier haben viele Abgeordnete und Referent\*innen sehr kurzfristig mitgearbeitet, wofür ich mich an dieser Stelle bedanken will. Das gilt auch für derzeit auf Hochtouren laufende Bearbeitung von Wahlprüfsteinen.

Lasst uns deshalb heute unser gutes Wahlprogramm und den Dringlichkeitsantrag „Besser geht anders“ mit innerer Überzeugung beschließen. Lasst uns auf dieser starken Basis geschlossen und zuversichtlich in den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern gehen und unsere Kernbotschaften unter dem linken Motto „Solidarität statt Ellenbogen“ klar und verständlich vermitteln.

Die Wende zu einer Politik ohne die Konkursverwalter von der CDU ist möglich, wenn wir sie in den kommenden 11 Wochen beherzt und mit Überzeugung angehen. Für die Beschlüsse heute und den Wahlkampf danach wünsche ich uns allen viel Power und auch Spaß nach außen, Geschlossenheit ohne Fallstricke nach innen und am 06. Juni dann Wahlpartys, auf denen es gemeinsam etwas zum Feiern gibt.